

Alle Jahre wieder - die Qual mit der Wahl

In Zeiten unangefochtener bürgerlicher Herrschaft bittet die Bourgeoisie gern "ihre" "Bürger" zur Urne. Dieses bürgerlich-demokratische Ritual führt(e) in der Linken immer wieder zu Konfusionen: Können sich RevolutionärInnen an Wahlen zum bürgerlichen Parlament beteiligen oder bedeutet allein schon die Beteiligung Klassenverrat; und was tun, wenn es keine revolutionäre Kandidatur gibt? RevolutionärInnen können diese Fragen nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten. Ausgehend von den existierenden objektiven Bedingungen müssen vielmehr Taktiken entwickelt werden, die den aktuellen Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse berücksichtigen und das proletarische Klassenbewußtsein weiter entwickeln, um so die bürgerliche Herrschaft bekämpfen zu können. Für eine Taktik gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus bedarf es jedoch vorher eines klaren Verständnisses seiner Funktion.

Kandidatur zum bürgerlichen Parlament = Klassenverrat?

Die Herrschenden benutzen die Wahlen zur demokratischen Legitimation ihrer Klassenherrschaft. Mit dem allgemeinen Wahlrecht soll der Bevölkerung vorgegaukelt werden, über ihre Interessen und die "Geschicke des Staates" per Kreuzchen entscheiden zu können. Doch nicht nur der "Marsch durch die Institutionen", auch letztlich systemkonforme, aber der Mehrheit der Bourgeoisie unliebsame Regierungen wie die Volksfront in Chile 1973 haben gezeigt, daß mit dem bürgerlichen Staat keine gesellschaftliche Umwälzung im Interesse der Werktätigen zu erreichen ist.

Trotz dieser grundsätzlichen Ablehnung können KommunistInnen die bürgerlichen Parlamente aber nicht einfach rechts liegen lassen. Wahlkampfzeiten sind in der Regel Zeiten, in denen die Bevölkerung besonders politisiert ist. Herrschen unter den Lohnabhängigen parlamentarische Illusionen vor, so müssen gerade auch solche Perioden für den Kampf gegen die bürgerliche Klassenherrschaft genutzt werden. Wenn es die organisatorische Stärke zuläßt, sollte eine revolutionäre Organisation ihre eigenen KandidatInnen aufstellen. Die Aufgabe der parlamentarischen Arbeit dieser KandidatInnen besteht darin, die Illusionen in den Parlamentarismus zu zerstören. Die Parlamentstribüne soll für kommunistische Propaganda und Agitation genutzt werden und "in der Höhle des Löwen" die bürgerliche Funktion dieser Institution aufgezeigt werden:

Der Kommunismus "verneint die Möglichkeit, die Parlamente dauernd zu erobern; er setzt sich die Zerstörung des Parlamentarismus zum Ziel. Daher kann nur von der Ausnutzung der bürgerlichen Staatseinrichtungen zum Zwecke ihrer Zerstörung die Rede sein. In diesem und nur in diesem Sinne kann die Frage gestellt werden. ... Die kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen ..." (Leitsätze der Kommunistischen Internationale).

"Wahlboykott": ultralinkes Sektierertum oder revolutionäre Taktik?

Einige anarchistische/autonome Gruppen setzen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat auf den "strategischen Wahlboykott" und lehnen jegliche Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten kategorisch ab. Was als "Politikverdrossenheit" durch die bürgerlichen Medien geistert - Zunahme der Nicht-Wähler, Wahlbeteiligungen von ca. 50% - gibt den Verfechtern des Wahlboykotts auf den ersten Blick Recht: der bürgerliche Parlamentarismus scheint erledigt. Doch bei näherem Hinsehen geht diese Rechnung nicht auf. Welthistorisch gesehen ist der bürgerliche Parlamentarismus - genauso wie der Kapitalismus - mit Sicherheit überholt, doch politisch ist er noch lange nicht "auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet". Wir leben nach wie vor in einer kapitalistischen Klassengesellschaft. Die Mehrheit derer, die momentan darauf verzichtet, ihr Kreuzchen auf dem Wahlzettel zu machen, hat nicht etwa die Illusionen in das Parlament verloren. Sie sehen lediglich aktuell keine Alternative in den kandidierenden Parteien.

Die Anhänger des strategischen Wahlboykotts übergehen ganz einfach die Tatsache, daß die Sozialdemokratie - im Osten in Gestalt der PDS - nach wie vor (u.a. vermittelt über die Gewerkschaftsbürokratie) einen entscheidenden Einfluß in der Arbeiterklasse hat. Mangels einer revolutionären Alternative betrachten viele ArbeiterInnen diese Reformisten nach wie vor als ihre Interessenvertreter. Die "konsequente" Anti-Haltung gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus macht es AnarchistInnen/Autonomen nur möglich, mit einem abstrakten, letztlich sterilen Propagandismus gegen das bürgerliche Parlament und seine besten Vertreter, die Reformisten von SPD und PDS, zu wettern. Das ist zwar löblich, aber ineffektiv. Nur der "revolutionäre Parlamentarismus" (Komintern) schafft eine Grundlage, auch in der Wahl- und Parlamentsfrage Taktiken zu entwickeln, um die sozialdemokratische Barriere konkret-praktisch zu zerstören.

KommunistInnen sind natürlich keine parlamentarischen Kretins, die Beteiligung am bürgerlichen Parlament ist keine Strategie, sondern eine Taktik. In revolutionären Zeiten, in denen die Arbeiterklasse bereits begonnen hat, um die Macht direkt zu kämpfen und eigene Machtinstrumente (Arbeiterräte) errichtet, kann eine Beteiligung an Wahlen zur Senkung des Klassenbewußtseins statt zu dessen Hebung führen. Ein revolutionärer Wahlboykott, der versucht, durch Aktionen die Wahlen zu verhindern, wäre hier möglich.

Kritische Wahlunterstützung: Nachtrabpolitik oder Taktik?

Angesichts des aktuellen Bewußtseinsstandes wäre eine revolutionäre Kandidatur zwar wünschenswert, ist aber aufgrund der organisatorischen Schwäche nicht möglich. Die Kandidatur bürgerlicher Arbeiterparteien wie die der SPD oder PDS bietet jedoch grundsätzlich die Möglichkeit, auch bei Wahlen das

Prinzip "Klasse gegen Klasse" zum Ausdruck zu bringen. Eine Wahlunterstützung bürgerlicher bzw. kleinbürgerlicher Parteien sollte sich für klassenbewußte Lohnabhängige verbieten. Zur Wahl einer Arbeiterpartei ist die eigenständige, klassenunabhängige Kandidatur zentrale Voraussetzung. Allein der jetzige Wunsch der SPD, mit der FDP (wie in den 70er Jahren) zusammen zu gehen (bzw. eine Koalition mit den kleinbürgerlichen Grünen nicht auszuschließen) oder auch die rückgratlose Unterstützung einer SPD/Grünen-Regierung seitens der PDS verbietet schon die Wahl der beiden Arbeitermassenparteien - einmal ganz abgesehen von deren Programm und Politik.

Ist die klassenunabhängige Kandidatur eine notwendige Bedingung einer möglichen Wahl, so ist sie jedoch, für sich alleine genommen, auf keinen Fall "hinreichend". Es wäre offensichtlich Unfug, die SPD mit ihrer derzeitigen aggressiven Kahlschlag-Politik, gegen die die Arbeiterklasse kämpfen muß, zu wählen, nur weil sie diese Schweinereien im eigenen Namen durchziehen würde. Andererseits wäre es unsinnig, als "Bedingung" einer kritischen Wahlunterstützung von der Sozialdemokratie zu erwarten, für die Durchsetzung eines revolutionären Programms zu kämpfen. Schließlich geht es hier um die Wahlunterstützung von Sozialdemokraten bzw. ex-Stalinisten, ausgewiesenen Arbeiterverrätern also, und nicht um die von RevolutionärInnen. Eine Wahlunterstützung ist unserer Einschätzung demnach immer nur dann zulässig, wenn - neben einer Kandidatur im eigenen Namen - das Wahlkampf-Programm und die Wahlpropaganda der zu unterstützenden (reformistischen) Arbeitermassenpartei - negativ gesprochen - in keiner zentralen Frage direkt und offensiv die Interessen der Lohnabhängigen verletzt. Oder andersherum: Die zu unterstützende Arbeiterpartei muß in ihren Erklärungen zumindest den Anschein wecken, daß sie gewillt ist, für die Verteidigung minimaler Interessen der Lohnabhängigen anzutreten. Nur linkssozialdemokratische Opportunisten vom Schlage der SAG oder SAV/JRE können heute zur Wahl der SPD bzw. SPD/PDS aufrufen, obwohl letztere keine Illusionen wecken, sondern nichts anderes als ein "Blut-Schweiß-und-Tränen-Programm" versprechen.

Natürlich glauben wir KommunistInnen im Falle einer Wahlunterstützung nicht den Wahlversprechen der Reformisten. Es ist vielmehr unsere Pflicht, gegen jegliches Vertrauen seitens der Arbeiterklasse in SPD oder PDS aufzutreten. Diese Parteien haben durch ihre Praxis bewiesen, als Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse zu handeln, um diese an den Kapitalismus zu binden. Andererseits läßt es sich nicht leugnen: Obwohl das Proletariat immer wieder von diesen Arbeiterführern ausverkauft und verraten wurde, hat es politisch doch nicht mit diesen Organisationen gebrochen. Um diesen notwendigen Bruch vorwärts zu treiben wenden TrotzkiInnen - unter oben entwickelten Voraussetzungen - das Mittel der *kritischen* Wahlunterstützung an. Unter Ausnutzung des objektiven Widerspruchs zwischen bürgerlicher Führung einerseits und ihrer Unterstützung durch die Lohnabhängigen andererseits wenden wir uns an die Arbeiterbasis und erklären: "Ihr, Arbeiterinnen und Arbeiter, wollt für Eure Interessen kämpfen und glaubt, daß Eure sozialdemokratischen Führer einen solchen Kampf anleiten können und wollen. Auch wir wollen für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen

- allerdings trauen wir Euren Führern nicht über den Weg. Laßt uns gemeinsam kämpfen und wir werden solange und soweit Eure Führung unterstützen - kritisch, und bei schonungsloser Offenheit -, solange und insoweit diese für die Durchsetzung unserer gemeinsamen Interessen kämpft". Kritische Wahlunterstützung heißt also, die reformistische Führung zu stützen so "wie der Strick den Gehängten stützt", wie Lenin im Linken Radikalismus einmal formulierte.

1994: Keine kritische Wahlunterstützung möglich

Weder eine Wahl der SPD noch der PDS ist in diesem Jahr möglich. Wer die SPD wählt, schlägt sich selbst ins Gesicht. Wer gegen die bürgerliche Offensive kämpfen will, muß auch die SPD bekämpfen - und für einen solchen Kampf ist eine kritische Wahlunterstützung einer Partei, die die Offensive an entscheidender Stelle mitträgt, mehr als hinderlich. Die PDS vertritt in ihrem Programm ebenfalls eine modifizierte Austeritätspolitik. Ihre Offerte, eine SPD/Grünen-Koalition zu unterstützen, zeigt schon jetzt, wie diese Partei auf dem Boden kriecht bzw. kriechen wird.

Reformistische Massenparteien umfassen unterschiedliche politische Spektren, die sich in rechten bzw. linken Flügeln organisieren können. Unsere im Juni erwähnte Möglichkeit, EinzelkandidatInnen auf den "Offenen Listen" der PDS kritisch zu unterstützen, sofern diese zumindest vorgeben, elementare Arbeiterinteressen im Gegensatz zur PDS zu vertreten (s. dazu BOLSCHEWIK-Extra, 19.06.94), konnte nicht konkretisiert werden. Im Gegenteil, unseres Wissens versammeln die Offenen Listen eher noch rechtliche KandidatInnen als die auf den offiziellen PDS-Listen.

Stimmt ungültig!

Im Unterschied zum Wahlboykott, einer Taktik, die - wie erläutert - an eine andere Phase des Klassenkampfes gebunden ist, rufen wir dazu auf, sich an den Wahlen zu beteiligen und ungültig zu stimmen. Sinnvoll ist diese Haltung vor allem dann, wenn der Wahlkampf dazu genutzt wird, durch eine aktive Konfrontation der reformistischen und zentristischen Organisationen während des Wahlkampfes der Gründung der revolutionären Partei näher zu kommen.

Abonniert

BOLSCHEWIK 
Gruppe Spartakus

4 Ausgaben (inkl. Extraausgaben) DM 10,-
(erscheint unregelmäßig)

Bestellung an:

M. Martin

Postfach 210 254

10502 Berlin

Briefmarken beilegen oder
überweisen auf Konto:

M. Martin, Postgiroamt Berlin

BLZ 10010010, KtoNr.: 14241-107